

Die "Regionale Partnerschaft": subregionale Zusammenarbeit in der Mitte Europas

Kiss, László J.; Königova, Lucie; Luif, Paul

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kiss, L. J., Königova, L., & Luif, P. (2003). Die "Regionale Partnerschaft": subregionale Zusammenarbeit in der Mitte Europas. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 32(1), 57-75. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-60151>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Die „Regionale Partnerschaft“: Subregionale Zusammenarbeit in der Mitte Europas

Die AutorInnen deuten „subregionale“ Zusammenarbeit als Kooperation zwischen benachbarten Staaten und legen Kriterien für ihre Beurteilung dar. Sie erläutern die Entwicklung der österreichischen Nachbarschaftspolitik und stellen die Diskussion über „Mitteleuropa“ kurz dar. Österreich konzentrierte sich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre auf den Beitritt zur EU, der 1995 erreicht wurde. In der Folge der „Sanktionen“ der EU-14 schlug Außenministerin Ferrero-Waldner im Februar 2001 vor, dass Österreich, ohne wirkliche Partner in der EU, mit seinen Nachbarn und zukünftigen EU-Mitgliedern (einschließlich Polens) eine „Interessengemeinschaft zentraleuropäischer Staaten“ bilden sollte, ähnlich Benelux oder der nordischen Kooperation; sie wurde schließlich „Regionale Partnerschaft“ genannt. Die AutorInnen zeigen die eher positive Resonanz in Ungarn und die weitgehend skeptische Aufnahme der Initiative in Tschechien auf und stellen empirische Indikatoren (Außenhandel, Meinungsumfragen) für die Einschätzung der Zusammenarbeit dar. Mit regelmäßigen Treffen der AußenministerInnen und VertreterInnen verschiedener technischer Ministerien hat die „Regionale Partnerschaft“ eine gewisse informelle Struktur entwickelt. Trotzdem erfüllt sie nur einen Teil der Kriterien für subregionale Zusammenarbeit.

1. Einleitung

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit dem Versuch einer Zusammenarbeit zwischen mitteleuropäischen Staaten, wie er im Juni 2001 von Österreichs Außenministerin Benita Ferrero-Waldner initiiert wurde. Dies geschah im Hinblick auf die Positionierung Österreichs bezüglich des bevorstehenden Beitritts der österreichischen Nachbarstaaten zur Europäischen Union (EU) in der Zeit der so genannten „Sanktionen“ der EU-14. Der Versuch der Schaffung einer „Regionalen Partnerschaft“ wurde innen- und außenpolitisch diskutiert und kritisiert. Der vorliegende Artikel versucht, die Initiative in einen größeren Zusammenhang zu stellen, damit eine wissenschaftliche Bewertung ermöglicht wird.

Am Beginn steht eine kurze Diskussion „subregionaler“ Integration, auch um Beurteilungskriterien solcher zwischenstaatlicher Zusam-

menarbeit aufzuzeigen. Anschließend folgt eine kurze Darstellung der österreichischen Nachbarschaftspolitik, die oft auch als „Mitteleuropapolitik“ verstanden wurde. In ihr wurden die Grundlagen für die Aktivitäten nach dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 gelegt, welche schließlich in den Vorschlag für eine Regionale Partnerschaft mündeten.

Nach einer Darstellung der grundlegenden Ideen der Partnerschaft wird auf die Reaktion in zwei der angesprochenen Partnerstaaten, Ungarn und Tschechien, eingegangen. Die Beurteilung fiel in diesen Staaten einigermmaßen unterschiedlich aus. Um die Regionale Partnerschaft genauer beurteilen zu können, werden die außenwirtschaftliche Verflechtung und die Meinungen der Bevölkerung als empirische Evidenz in die Diskussion eingebracht.

Kurz nach ihrem Auftakt schien die Regionale Partnerschaft schon wieder „moribund“. Dennoch kam es zu einem überraschend erfolg-

reichen Außenministertreffen im Oktober 2002. Daher wird abschließend die Möglichkeit und Form der Zusammenarbeit in Mitteleuropa mit Blick auf die für 2004 zu erwartende EU-Erweiterung diskutiert.

2. Subregionale Zusammenarbeit in der internationalen Politik

Der Begriff der „Region“ wird in politikwissenschaftlichen Texten verschieden verwendet. Einmal kann er einen ganzen Kontinent bezeichnen, dann aber auch eine geographische Einheit, die aus mehreren Staaten besteht. Schließlich verwendet man „Region“ für ein Gebiet, das sich aus Teilen benachbarter Staaten zusammensetzt oder gar nur den Teil eines einzigen Staates bezeichnet. Hier wird, in Anlehnung an Andrew Cottey, von der Charta der Vereinten Nationen ausgegangen, die im Kapitel VIII von „Regionalen Abmachungen“ (englisch *regional arrangements*) spricht. In dieser Perspektive ist „Europa“ eine Region, Teile davon sind eben „Subregionen“ (Cottey 1999b, 5f.).

Analysen von subregionalen Kooperationen sind im Zusammenhang mit den Studien des *new regionalism* zu sehen, wo SpezialistInnen der Internationalen Beziehungen versuchen, die Motive zur Errichtung neuer zwischenstaatlicher Zusammenarbeit in der Ära nach dem Ende des Kalten Krieges zu erläutern (Telò 2001). Dabei stößt man auf den augenscheinlichen Widerspruch von gleichzeitigen Trends der Regionalisierung und Globalisierung (Dangerfield 2000, 4). Autoren gehen davon aus, dass die Regionalisierung quasi die Antwort der einzel-

staatlichen Politik auf die Prozesse der Globalisierung ist (Schirm 2002). Manche dieser neuen Regionalorganisationen übernehmen für die in der „Komplexitätsfalle“ gefangenen globalen Organisationen wichtige „Vorklärungs- und Entlastungsfunktionen“ (Rüland 2002, 189).

Hier werden nicht die großen, etablierten Integrationsgebilde wie EU oder NAFTA erforscht, sondern die Analyse beschränkt sich auf die losere und geographisch meist beschränktere „subregionale“ Zusammenarbeit. Diese wird nach Renata Dwan (2000, 81) folgendermaßen gedeutet:

[S]ubregionalism can be defined as a process of regularized, significant political and economic interaction among a group of neighbouring states. This interaction usually takes place between national governments, local authorities, private business and civil society actors across a wide range of issues. It tends to be characterized by a relatively low level of institutionalization and to be directed at the specific challenges negotiated by a particular group of – usually – neighbouring states.

Generell liegen subregionale Strukturen aus ihrer Natur heraus nahe den spezifischen, gemeinsamen Problemen in ihrem Gebiet und ermöglichen ihren Mitgliedern, auf Problemlagen rasch zu reagieren. Dabei spielen Flexibilität und Anpassungsfähigkeit eine wichtige Rolle. Jedoch sind Subregionen weder immun gegenüber divergierenden Erfahrungen, wirtschaftlichen Verhältnissen und geopolitischen Konstellationen noch gefeit vor unterschiedlichen kurz- oder langfristigen Präferenzen und Interessen. Nach Petr Drulák lassen sich bestimmte Kriterien für eine erfolgreiche Zusammenarbeit in einer Subregion aufstellen, die in Übersicht 1 angeführt sind.

Übersicht 1: Kriterien für eine erfolgreiche Zusammenarbeit in einer Subregion

1	gemeinsame Geschichte
2	ähnliche geopolitische Lage
3	verwandte kulturelle und ethnische Identität
4	ähnliche innenpolitische Umstände
5	vergleichbare wirtschaftliche Leistung und enge Handelsbeziehungen

Quelle: Drulák 2000.

Es ist davon auszugehen, dass mit der „Osterweiterung“ der EU diese Art von subregionaler Zusammenarbeit in der Zukunft an Bedeutung gewinnen wird. Die institutionelle Struktur der EU war bei ihrer Gründung ja lediglich auf sechs Mitgliedstaaten ausgerichtet. Mit der bevorstehenden Erweiterung auf 25 und mehr Mitgliedstaaten muss daher der Entscheidungsvorbereitung im Rat der EU noch größeres Augenmerk geschenkt werden. Damit soll die schon bei globalen Organisationen erwähnte Komplexität der Entscheidungsfindung reduziert werden.

In der Tat gibt es in der EU schon seit Anbeginn eine Kooperation zwischen einer Subgruppe von Mitgliedstaaten: die Benelux-Zusammenarbeit. Mit dem Beitritt von Dänemark (1973) sowie Finnlands und Schwedens (1995) sind nun drei nordische Staaten EU-Mitglieder, die eine lange Tradition von staatlicher, aber auch gesellschaftlicher Zusammenarbeit haben. Schließlich kann auch die deutsch-französische „Achse“ zur subregionalen Kooperation gezählt werden. Als Zusammenarbeit zweier großer und besonders einflussreicher EU-Staaten hat sie aber eine andere Qualität als die vorher genannten Subgruppen.

3. Die österreichische Nachbarschafts- und Mitteleuropapolitik

Nach dem Wiedererstehen Österreichs durch die Kapitulation Hitler-Deutschlands 1945 mussten sich die Politiker um die unmittelbaren Probleme des Landes kümmern: wirtschaftlicher Aufbau und Beendigung der Besatzung durch die Alliierten. Der Kalte Krieg und der „Eiserne Vorhang“ brachten eine deutliche Westorientierung von Politik und Wirtschaft. Erst durch den Abschluss des Staatsvertrages im Mai 1955 kam Spielraum in die österreichische Außenpolitik. Der Status der dauernden Neutralität erleichterte es, engere Kontakte mit den kommunistischen Nachbarn zu knüpfen. Als sich 1956 in Ungarn deutliche Bestrebungen zur Lockerung des kommunistischen Systems zeigten, wies etwa Bundeskanzler Julius Raab (ÖVP) auf die gemeinsame Vergan-

genheit beider Länder hin. Die Niederschlagung des ungarischen Aufstandes bereitet jedoch diesen Vorstößen ein jähes Ende (Marjanović 1998, 80).

Das Parteiprogramm der ÖVP aus 1958 bekannte sich zur „Neutralität auf militärischem Gebiet“, sah darin aber keine „außenpolitische Zwangsjacke“. Zur Aufgabe der Außenpolitik gehöre die „Teilnahme am wirtschaftlichen Zusammenschluss Europas“, gleichzeitig aber auch das fortgesetzte Bemühen um die „Wiederbelebung der jahrhundertealten wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zu den Völkern des Donauraumes“ (zitiert nach Kadan/Pelinka 1979, 134). Hier zeigt sich schon früh die Idee, die österreichische Integrationspolitik, die eine enge politische (Europarat) und wirtschaftliche (EWG) Verbindung mit Westeuropa suchte, durch einen „Central European regionalism“ auszubalancieren, wobei hier vor allem an die „successor states of the Danubian monarchy“ (Angerer 2002, 45) gedacht wurde.

Bruno Kreisky (SPÖ, Außenminister 1959–66, Bundeskanzler 1970–83) war anfänglich eher vorsichtig bezüglich Österreichs Beziehungen zu den kommunistischen Staaten. Schließlich unterstützte er aber intensiv die Liberalisierungsbestrebungen in den Nachbarstaaten Österreichs. Schon 1965 betonte er, dass diese Staaten nicht zu „Osteuropa“ zählten; Ungarn und Tschechoslowakei betrachteten sich selbst richtigerweise als „part of Central Europe“. Österreich habe zwar keine „specific mission to fulfill“, aber „a certain function to exercise“. Er betonte dabei die Anziehungskraft, die Österreich und vor allem Wien auf die Bevölkerung und insbesondere auf die Intellektuellen dieser Region ausübe (Kreisky 1965, 649, 652). Außerdem sollten die „demokratischen Staaten in Mitteleuropa“ den Versuch wagen, regionalpolitische Lösungen zu suchen, wie es seit Jahren „in Nordeuropa“ geschehen ist (Kreisky 1968, 133). Unter Bundeskanzler Josef Klaus forcierte die ÖVP ihre (schließlich erfolglosen) Bestrebungen, ein Arrangement „besonderer Art“ mit der EWG zu erhalten. Gleichzeitig zögerte Klaus nicht, die Ostpolitik zu einem der Grundpfeiler der österreichischen Außenpolitik zu machen (Marjanović 1998, 83).

Charakteristisch für die österreichische Nachbarschaftspolitik im ostmitteleuropäischen Raum¹ waren die Besuche von Bruno Kreisky in den Staaten des „Ostens“. Dabei fand der erste Besuch eines österreichischen Außenministers in Polen im März 1960 statt. Erst im Oktober 1964 kam es zu einer Visite Kreiskys (als erster „westlicher“ Außenminister) in Ungarn; dies deutet auf die zuvor schlechten Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn hin, die sich dann aber rasch besserten. Unter der ÖVP-Alleinregierung (1966–70) wurde von Bundeskanzler Klaus diese „Besuchsdiplomatie“ fortgesetzt (Kramer 1997, 722). Als die Tschechoslowakei aus Anlass des Sechs-Tage-Krieges im Juni 1967 die Beziehungen zu Israel abbrach, fungierte Österreich als ihre Schutzmacht in Israel, ein Zeichen der relativ guten Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei zu dieser Zeit. Nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts im August 1968 kühlten die Beziehungen ab. Erst im April 1975 erfolgte der erste Besuch eines österreichischen Außenministers in Prag (Bielka 1983, 227). Besondere Bedeutung erlangten die kulturellen Beziehungen zu den Nachbarstaaten, so kamen schon in der 1960er Jahren etwa Václav Havel und Milan Kundera auf Einladung der Österreichischen Gesellschaft für Literatur nach Wien (Marjanović 1998, 84).

Bis zur Mitte der 1970er Jahre lag der außenpolitische Schwerpunkt der SPÖ-Alleinregierungen unter Bundeskanzler Kreisky im europäischen Raum (Kramer 1997, 724). Nach anfänglichen Konflikten mit Jugoslawien wegen der slowenischen Minderheit in Kärnten kam es auch hier zu verbesserten nachbarlichen Beziehungen. Gemeinsam mit dem blockfreien Jugoslawien und den anderen europäischen Neutralen setzte sich Österreich für den KSZE-Prozess (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) ein, der 1975 in die Schlussakte von Helsinki mündete. Die Nachbarschaftspolitik unter den von der SPÖ geführten Regierungen entwickelte die Beziehungen – naturgemäß – zu den offiziellen politischen Stellen der kommunistischen Staaten. Außerdem kam es ab Mitte der 1970er Jahre zu einer „Globalisierung“ der österreichischen Außen-

politik (Luif 1982), Bruno Kreisky versuchte durch verschiedene Initiativen zum Abbau der Spannungen in der Welt, vor allem auch im Nord-Süd-Verhältnis, beizutragen. In den Reihen der ÖVP-Opposition gab es hingegen schon in den 1970er Jahren Versuche, hier besonders durch den damaligen Wiener Stadtrat (und späteren Vizekanzler) Erhard Busek, Kontakte zu den immer aktiver werdenden oppositionellen Gruppen in den Nachbarstaaten Ostmitteleuropas zu knüpfen.

Die österreichische Nachbarschaftspolitik wurde aber nicht nur auf Bundesebene implementiert. Nach dem Beispiel der ARGE Alp entstand 1978 die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria, die nicht nur Regionen aus demokratischen Staaten umfasste, sondern auch von Slowenien und Kroatien, Teilstaaten des kommunistischen Jugoslawiens, mitbegründet wurde. Nach mehrjährigem Beobachterstatus traten der ARGE Alpen-Adria 1988 auch zwei ungarische Komitate bei (Marjanović 1998, 85).

Mitte der 1980er Jahre begann vor allem unter Intellektuellen eine intensive Diskussion über „Mitteleuropa“. Die „Tragödie“ und der „Traum“ von Mitteleuropa wurden angesprochen (Kundera 1984; Konrád 1984). Die Botschaft des neu entdeckten Mitteleuropas war Ausdruck eines geteilten, in den Tiefstrukturen der geschichtlichen Entwicklung jedoch gesellschaftlich, wirtschaftlich und kulturell zusammengehörenden Raumes. Es war ein intellektueller Anti-Jalta-Protest, die Ablehnung der willkürlichen Teilung des Kontinents und der Zuordnung des Großteils der Region zum Machtbereich der Sowjetunion. Die identitätsstiftende österreichische Neutralität konnte in dieser Zeit im Sinne einer „Österreichisierung“ der von der Sowjetunion kontrollierten Region sogar noch die Alternative, das zu erreichende Ziel bedeuten. Für Österreich wurde in und mit Mitteleuropa eine „Chance für die Zukunft“ gesehen (Busek/Brix 1986, 173). Ein Gefühl der „Zusammengehörigkeit“ wurde angesprochen, das über die „Blockgrenzen hinweg und in relativer Unabhängigkeit von der jeweiligen Qualität der Beziehungen zwischen den Großmächten“ bestehen sollte (Ettmayer 1985, 52).

Nach dem Abtritt von Bruno Kreisky trat in Österreich, schon unter der SPÖ-FPÖ-Koalition (1983–86) wieder eine „realistische“ Außenpolitik in den Vordergrund (Kramer 1997, 729). Die Große Koalition (ab 1987) war über das Engagement der Bundesregierung für eine engere Verbindung mit den ostmitteleuropäischen Staaten gespalten (Marjanović 1998, 114). Außenminister Alois Mock (ÖVP) sah im mitteleuropäischen Engagement Österreichs eine Ergänzung seines Strebens nach einer Mitgliedschaft in der EG (Europäischen Gemeinschaft, später EU). Erhard Busek, Wissenschaftsminister zwischen 1989 und 1994, forcierte die kulturellen Kontakte mit Ostmitteleuropa.

Linke politische Kreise standen den Mitteleuropa-Initiativen reserviert gegenüber. Hier sah man „Mitteleuropa“ in der Tradition von Friedrich Naumann² als ein Instrument deutscher Expansion; daher ersetzte man „Mitteleuropa“ oft mit dem Begriff „Zentraleuropa“ (Kreissler 1993).³ Für Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) hatte der Begriff Mitteleuropa „keine praktische politische Bedeutung“ (AZ, 23.12.1989). Er sah ein „gewisses Risiko“ darin, „dass man sich jetzt ununterbrochen mit Osteuropa beschäftigt“; die „Entwicklungen und Notwendigkeiten“ der EG-Integration seien „vorrangige Orientierungspunkte für unsere Vorrangigkeit“ (Vranitzky 1990, 107). Bei den anbahnenden Konflikten in Jugoslawien unterstützte vor allem die ÖVP die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens. Der Zentralsekretär der SPÖ, Josef Cap, warnte vor einem Mitteleuropa-Konzept, hinter dem „ein kaum vorstellbares Großmachtkonzept“ stehe und das danach strebe, „Slowenien und Kroatien quasi als neue österreichische Bundesländer“ zu betrachten (Die Presse, 14.10.1990; zit. nach Marjanović 1998, 133f.).

In der Mitteleuropa-Diskussion außerhalb Österreichs trat nach den in vieler Hinsicht überspitzten Erwartungen ab 1989 eine Art Ernüchterung ein. Es stellte sich heraus, dass im Gegensatz zu den Erwartungen die an die Macht gekommenen oppositionellen Bewegungen in Mitteleuropa ihre engen, grenzüberschreitenden Kontakte nicht in die postkommunistische Zeit hinüberretten konnten. Die lange unter-

drückten und jetzt wieder erwachten nationalen Interessen erwiesen sich als stärker. Mit dem blutigen Zerfall Jugoslawiens und mit der samtenen Trennung der Tschechoslowakei traten die „Unzivilisiertheit“ und der Ethnoterritorialismus in den Vordergrund, nicht das grenzüberschreitend tätige Zusammenarbeiten der Zivilgesellschaften.

Dennoch kam die Frage der Operationalisierung, d. h. der praktischen Umsetzung, des Mitteleuropa-Konzepts auf die Tagesordnung der internationalen Politik. Italien, das schon bei der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria sehr aktiv war, schlug ein Treffen der stellvertretenden Ministerpräsidenten der Alpen-Adria Staaten vor, das dann am 11. November 1989 in Budapest stattfand. Im Monat des „Mauerfalls“ gründeten auf diesem Treffen Italien, Jugoslawien, Österreich und Ungarn die „Quadrangolare“, die im Mai 1990 durch den Beitritt der Tschechoslowakei zur „Pentagonale“ wurde. Schließlich wurde sie, nach dem Beitritt Polens und dem Zerfall Jugoslawiens, in „Zentraleuropäische Initiative“ (Central European Initiative – CEI) umbenannt (Neuhold 1991; Cviic 1999). Heute umfasst sie insgesamt 17 Staaten.

Auf ungarische Anregung kam es im Februar 1991 in Visegrád (Ungarn) zu einem Gipfeltreffen Ungarns, Polens und der Tschechoslowakei. Die führenden Staatsmänner dieser drei Nachbarstaaten sahen in der Erreichung vollständiger Souveränität ihrer Staaten und der Einbindung in die europäischen Integrationsgemeinschaften das Ziel der Zusammenarbeit.⁴ Im Dezember 1992 gründeten diese Staaten CEFTA (Central European Free Trade Agreement).⁵ Die Visegrád-Zusammenarbeit hat sich auf Ungarn, Polen und die beiden tschechoslowakischen Nachfolgestaaten, die Tschechische Republik und die Slowakei, beschränkt. CEFTA hingegen erweiterte sich, Slowenien (1996), Rumänien (1997) und Bulgarien (1999) traten ihm bei.

Im Juli 1993 traf sich in Salzburg der österreichische Bundespräsident Thomas Klestil mit seinen Amtskollegen aus Deutschland, der Tschechischen Republik und Ungarn. Beim Treffen in Lytomisl, Tschechien, im April 1994

lud dann Präsident Vaclav Havel zusätzlich noch den polnischen, slowakischen und den slowenischen Präsidenten ein. Diese Zusammenkünfte entwickelten sich zu den jährlichen „Zentral-europäischen Präsidententreffen“. Die Präsidenten der zentral- und osteuropäischen Staaten kommen jährlich einmal zusammen, um auf höchster Ebene einen Gedankenaustausch zu pflegen. Beachtenswert ist hier die Teilnahme auch des deutschen Bundespräsidenten.

Diese sich teils überlappenden subregionalen Kooperationsformen zielten darauf ab, einerseits die „großmachtfrei“ gewordene zentraleuropäische Region durch Kooperation zu stabilisieren, andererseits dienten diese neuen Kooperationsformen als Übungsgelände („fitness centers“) für den Wege zur Mitgliedschaft in NATO und vor allem in der Europäischen Union.

In der österreichischen Bevölkerung herrschte anfänglich Euphorie über den Sturz der kommunistischen Regime in Ostmitteleuropa. Sie wurde jedoch bald vom Bewusstsein um die Probleme überlagert, die der wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationsprozess in diesen Ländern mit sich bringen könnte.⁶ Die österreichische Wirtschaft erkannte hingegen rasch die Vorteile eines Engagements in Mitteleuropa und begann massiv dort zu investieren.

Die österreichische Außenpolitik orientierte sich hingegen mehr in Richtung Westeuropa. Die Gründe sind in einer Stellungnahme eines hohen Beamten des österreichischen Außenministeriums vom Oktober 1993 klar ersichtlich:

Immediately after 1990 there was a brief debate in Austria whether the real mission of Austria was the „Danubian mission“. Whether we should return to the historical Habsburgian dimension of Austrian foreign policy. That was given up after two weeks, approximately. Because it became quite clear that what all our neighbours to the East really starve for is to be part of Western Europe. And their interest in Austria is really that they see it as a vehicle, as a means to promote their „return to Europe“. ... [Austria's] most effective Eastern policies are really effective Western policies. As a member state of the EU we could be much more useful to our Eastern neighbours than as an isolated state (Stefan Lehne; zit. nach Clesse/Hirsch 1999, 256).

Trotz dieser Konzentration auf den EU-Beitritt setzte vor allem Außenminister Mock angesichts der tragischen Ereignisse in Bosnien-Herzegowina Initiativen in der KSZE, im UNO-Sicherheitsrat (wo Österreich 1991/92 nichtständiges Mitglied war) und in bilateralen Gesprächen mit anderen Regierungen (Kramer 1997, 735). So forderte Österreich im Juli 1992 vergebens im Sicherheitsrat militärische Konsequenzen gegen Serbien, sollten die Kampfhandlungen in Bosnien nicht sofort eingestellt werden (Riedler 1992). Im März 1993 meinte Außenminister Mock im Gespräch mit seinem dänischen Amtskollegen Niels Helveg Petersen, dass nach einem möglichen Friedensabkommen in Bosnien noch lange ein internationales Protektorat eingerichtet werden müsse (Male 1993).

Österreich konnte jedoch nicht umhin, diese Initiativen sukzessive der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU anzupassen. Es reduzierte daher seine unilateralen außenpolitischen Aktivitäten, vor allem im Jugoslawienkonflikt. Schließlich begannen im März 1993 die Beitrittsverhandlungen mit der EU; sie wurden ein Jahr später erfolgreich abgeschlossen. Nachdem eine große Mehrheit von 66,6 Prozent der Österreicher (bei einer Beteiligung von 82,3 Prozent der Stimmberechtigten) in einer Volksabstimmung am 12. Juni 1994 dem EU-Beitritt zustimmte, wurde Österreich mit 1. Januar 1995 Mitglied der EU (Luif 1995, 320).

4. Die Idee einer „Regionalen Partnerschaft“

Bald nach dem EU-Beitritt Österreichs wurde darauf hingewiesen, dass Österreich Verbindungen mit gleichgesinnten Partnern in der Union suchen sollte, damit in einer umfassenden Strategie Österreich seine Interessen in der EU durchsetzen könne (Wirtschaftskammer Österreich 1996). Es ist nicht verwunderlich, dass diese Anregung von wirtschaftlicher Seite kam, denn die Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen war nicht nur Sache der Politik, sondern vor allem auch Aufgabe der Wirtschaft selbst. Zahlreiche Unternehmen, insbesondere

in schwierigen Branchen wie der Textilindustrie, konnten durch die Hereinnahme „strategischer Partner“, durch Akquisitionen in Osteuropa oder Spezialisierung diese Herausforderung meistern (Petsche/Hinteregger 1998, 9). In der Außenpolitik vernachlässigte Österreich hingegen die mitteleuropäischen Nachbarstaaten. Die noch ungewohnte Teilnahme an den EU-Entscheidungsprozessen band große Teile der außenpolitischen Bürokratie. In der Großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP kam es zu Spannungen, welche die Regierungsarbeit lähmten. Während der EU-Präsidentschaft Österreichs im zweiten Halbjahr 1998 gelang es, die konkreten Verhandlungen mit der ersten Gruppe der Beitrittswerber in die Wege zu leiten; besondere Initiativen oder Ideen zur Beschleunigung der EU-Erweiterung blieben aber aus (Hinteregger 1999; Melchior 2002, 195).

Die Maßnahmen der 14 EU-Staaten gegen die neue ÖVP-FPÖ-Regierung in Österreich vom 3. Februar 2000 brachten den Abbruch der bilateralen, offiziellen Beziehungen der Vierzehn zu Österreich. Diese „Sanktionen“ wurden von den Staats- und Regierungschefs der EU-14 am vorhergehenden Wochenende ohne Öffentlichkeit und ohne Einbindung österreichischer EntscheidungsträgerInnen gefasst (Luif 2000, 367). In der Folge konnte sich Österreich an den wichtigen bilateralen Vorbereitungen der EU-Entscheidungsprozesse nur erschwert beteiligen. Einen wichtigen Grund für die problematische österreichische Position charakterisierte ein Beamter des Außenministeriums: „Österreich fehlen in Europa die natürlichen Partner zur Sicherung seiner Interessen“ (Prosl 2000). Beim Politischen Gespräch des Europäischen Forums in Alpbach, Ende August 2000, betonte daher Außenministerin Benita Ferrero-Waldner (ÖVP), wie wichtig es sei, „dass wir gemeinsam ein System der Partnerschaft aufbauen“, in der man „gemeinsame Interessen sucht und findet“. Teilnehmer am Forum wiesen immer wieder darauf hin, dass Österreich mit seinen Nachbarländern nach deren Beitritt zur Europäischen Union so etwas wie ein „Kraftfeld“ bilden könnte (Fleischhacker 2000).

Die EU-14 mussten schließlich im September 2000 ihre Maßnahmen gegenüber der

österreichischen Regierung ohne Bedingungen beenden. Österreich wurde wieder voll in die Entscheidungsprozesse der EU „integriert“ (Luif 2001, 374). Außenministerin Ferrero-Waldner führte dennoch die Idee einer „Strategischen Partnerschaft“ weiter. Sie plädierte für eine Vertiefung und Intensivierung der Zusammenarbeit mit Österreichs mittel- und osteuropäischen Nachbarn. Die geographischen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Gegebenheiten in der Region legten die Ausgestaltung besonderer Beziehungen Österreichs mit den künftigen neuen Mitgliedern der EU nahe. Diese Partnerschaft sollte aus zwei Phasen bestehen:

- In der ersten Phase werde es darum gehen, eine Bestandsaufnahme des Vorhandenen vorzunehmen und die Intensivierung der traditionellen Nachbarschaftspolitik zu konkretisieren sowie den Beitritt sowohl im bilateralen als auch im EU-Zusammenhang vorzubereiten.
- In einer zweiten Phase solle die Strategische Partnerschaft jene gemeinsamen Interessen identifizieren, welche nach dem Beitritt die Grundlage für eine Interessengemeinschaft zentraleuropäischer Staaten abgeben können, ähnlich wie jene der Benelux- oder der nordischen Staaten (Ferrero-Waldner 2001).

Die Außenministerin schlug vor, zweimal jährlich, jeweils vor den Tagungen des Europäischen Rates am Ende der jeweiligen EU-Präsidentschaft, Zusammenkünfte mit VertreterInnen aus der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarns, Sloweniens und Polens einzuberufen. Gleichzeitig kündigte Außenministerin Ferrero-Waldner die Schaffung einer „Österreich-Plattform“ an, mit der die eigene Bevölkerung über Österreichs Chancen und die Herausforderungen in der EU-Erweiterung informiert werden sollte. Hier zeigten sich somit zwei Wirkrichtungen der „Partnerschaft“ ab. Einerseits sollten außenpolitische Partner in Mitteleuropa gefunden werden, andererseits sollte diese Partnerschaft auch die innenpolitische Verpflichtung mit sich bringen, die Interessen der Nachbarstaaten in die österreichische Entscheidungsfindung einfließen zu lassen. Das war natürlich als Spitze gegen den Regierungspartner FPÖ

gedacht, der mit der Kritik an der EU-Erweiterung heftig um Wählerstimmen warb.

Auf Einladung der österreichischen Außenministerin trafen schließlich die Außenminister der Tschechischen Republik, Ungarns, Sloweniens, der Slowakei und Österreichs sowie der Staatssekretär der Republik Polen am 6. Juni 2001 in Wien zu einer Regionalkonferenz zusammen. Alle Staaten hatten die Einladung also angenommen und waren durch ihre Außenminister vertreten, mit Ausnahme des polnischen Außenministers. Dies war umso bemerkenswerter, als Außenminister Wladyslaw Bartoszewski als besonderer Freund Österreichs galt (Lukáč 2002, 71). Außenministerin Ferrero-Waldner erklärte auf der Konferenz, „dass wir viele Gemeinsamkeiten, aber auch Reibeflächen haben“. Es gelte, die „Gemeinsamkeiten zu nutzen, und die Reibeflächen durch zeitgerechte Verhandlungen zu glätten“ (Presseaussendung des Außenministeriums, 6.6.2001).

Auf der Konferenz wurde die Zusammenarbeit dieser Staaten in „Regionale Partnerschaft“ umbenannt. Die Kooperation solle die Vorbereitung zur EU-Erweiterung unterstützen und eine aktivere Zusammenarbeit bei EU-relevanten Themenkomplexen bringen. Auf der Konferenz wurden eine Reihe von gemeinsamen Projekten angesprochen, die vor allem auf die Einbindung der Partner in Informations- und Kommunikationsinitiativen abzielten. Die BürgerInnen der Partnerländer sollten mit allen Aspekten des Erweiterungsprozesses und den Möglichkeiten der Zusammenarbeit innerhalb der Union vertraut gemacht werden. Die Außenminister betonten die Bedeutung eines verstärkten Erfahrungsaustausches auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung und vereinbarten, ähnliche Initiativen aus dem nicht-staatlichen Bereich ebenso zu unterstützen. Sie tauschten ihre Ansichten und Positionen zur aktuellen Debatte über die Zukunft der Europäischen Union aus und kamen überein, diesen Dialog weiter fortzusetzen (Konferenz 2001). Obwohl alle eingeladenen Außenminister die Initiative für eine regionale Zusammenarbeit begrüßten, sprachen sich die meisten gegen eine Institutionalisierung der Regionalen Partnerschaft aus (Die Presse, 7.6.2001).

In Österreich wurde die Initiative zur Regionalen Partnerschaft sowohl von Regierungspartner FPÖ als auch von der Opposition mit Skepsis verfolgt (Lackner/Lahodynsky 2001, 34). Dessen ungeachtet lud im November 2001 der SPÖ-Vorsitzende Alfred Gusenbauer selbst zu einem „Zentraleuropäischen Forum sozialdemokratischer Parteivorsitzender“ nach Wien ein. Daran nahmen Vertreter aus allen Ländern der Regionalen Partnerschaft und Kroatien teil. Diskutiert wurden die Frage einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik in Europa und die EU-Erweiterung. Weitere Themen waren die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen und die Integration der verschiedenen Kulturen in der Gesellschaft (Sozialdemokratische Korrespondenz 2001).

5. Die Reaktionen auf die österreichische Initiative zur „Regionalen Partnerschaft“ in Ungarn und Tschechien

Kurz nach der Ankündigung der neuen österreichischen Initiative war die national-konservative *Regierung Ungarns* die erste, die ein positives Signal gab. Die Resonanz Ungarns war nicht überraschend, hatte sich Ungarn doch der EU-14-Sanktionspolitik nicht angeschlossen und sowohl Außenministerin Ferrero-Waldner als auch Bundeskanzler Schüssel nach Budapest eingeladen. Der ungarische Staatspräsident Ferenc Mádl war das erste Staatsoberhaupt, das nach der Aufhebung der EU-Sanktionen nach Wien kam (15. November 2000). Bundespräsident Thomas Klestil kündigte anlässlich des Besuches des ungarischen Staatsoberhauptes an, dass Österreich alles einsetzen werde, damit Ungarn raschest möglich Vollmitglied der Union werde. Wien und Budapest strebten eine Partnerschaft auch mit anderen zentraleuropäischen Staaten an. In diesem Sinne werde sich Österreich beim Europäischen Rat in Nizza „für einen klaren zeitlichen Rahmen beim Erweiterungsprozess einsetzen“, verkündete Klestil (Berenyi 2000).

Die positive ungarische Resonanz lässt sich auch dadurch erklären, dass die Ausrichtung des Partnerschafts-Konzepts mit den ungarischen

Interessen von strategischer Bedeutung übereinstimmt – mitteleuropäische Identität und Solidarität durch Verstärkung der Integration innerhalb der Region zu erreichen sowie alle auf den Beitritt abzielenden Bemühungen zu unterstützen. Doch wies Budapest darauf hin, dass die Regionale Partnerschaft keinen ungünstigen Einfluss auf die schon existierenden Strukturen der Visegrád-Zusammenarbeit ausüben dürfe. Auch der frühere Außenminister Polens, Wladislaw Bartoszewski, betonte, dass eine Auflösung der Visegrád-Gruppe zugunsten des österreichischen Projekts nicht in Frage kommen kann.

Die ungarische Seite machte deutlich, dass eine Institutionalisierung der Regionalen Partnerschaft nicht erforderlich sei; die Kooperation müsse flexibel und locker sein, wobei es wünschenswert wäre, Politikbereiche je nach Bedarf einzubeziehen. Sie verhehlte nicht, dass sie das im Grunde genommen politische Projekt auch auf die Bereiche Wirtschaft, Infrastruktur, Umweltschutz sowie auf die Benutzung der Strukturfonds bezüglich der Entwicklung der Grenzregionen auszudehnen wüsste.

Im Hinblick auf die Regionale Partnerschaft gab und gibt es in Ungarn keinen tiefgreifenden Unterschied zwischen der national-konservativen und der sozialliberalen Regierung. Ideologische Faktoren spielen in den bilateralen ungarisch-österreichischen Beziehungen unter der sozialliberalen Koalition – im Vergleich zur national-konservativen Regierung Viktor Orbans – keine Rolle. Die im Mai 2002 angetretene Regierung hat die Fortschritte im Bereich der inneren Sicherheit, Bildung und Kultur im Rahmen der Partnerschaft anerkannt und drängte auf die Ausdehnung der Partnerschaft auch auf den Bereich der militärischen Sicherheitspolitik, im Hinblick auf die vor der Tür stehende Erweiterung der Nordatlantischen Allianz.

Die Antwort der *tschechischen Regierung* auf die österreichische Initiative der Regionalen Partnerschaft war eher „lauwarm“. Während des letzten Jahrzehnts sind die tschechisch-österreichischen Beziehungen durch zwei langdauernde Konflikte gekennzeichnet gewesen. Die österreichische Regierung wie auch viele

Bürgergruppen haben immer wieder die Stilllegung des noch in kommunistischer Zeit begonnenen, aber mit westlicher Technologie ausgerüsteten Kernkraftwerkes Temelin gefordert. Vor allem die rechtspopulistische FPÖ machte sich stark gegen die „Beneš-Dekrete“. Im Zuge der aufgeheizten Debatte über diese zwei sensiblen Fragen, wo Emotionen, Irrationalität und Ressentiments oft pragmatische und offene Herangehensweisen überdecken, war die tschechische Öffentlichkeit mehr gegen als für die Regionale Partnerschaft. In Tschechien haben sich eine Anzahl von Gründen für bzw. gegen die Weiterverfolgung dieser Idee entwickelt, die in Übersicht 2 auf Seite 66 dargestellt werden.

Nach Abwägung der Vor- und Nachteile beteiligte sich die tschechische Regierung doch am Treffen im Juni 2001, aber nahm eine *wait and see*-Position ein. Der damalige Außenminister Jan Kavan sah den „Mehrwert“ der Regionalen Partnerschaft in der von Ministerin Ferrero-Waldner angeführten ersten, der Vorbeitritts-Phase: „What the regional co-operation will look like after all in practice largely will depend on how the objectives which have been set out are being met during the pre-accession period.“ (Kavan 2001).

In Wien und in anschließenden Treffen mit BeamtInnen seines Ministeriums betonte Außenminister Kavan, dass in Hinblick auf die sehr unterschiedliche Geschichte der Staaten Mitteleuropas nach 1945 die Kultur das Gebiet von großem Interesse für Tschechien sei. Denn wenn Mitteleuropa eine gemeinsame und eigenständige Identität habe, dann wäre das die Kultur (somit wäre Kriterium 3 in Übersicht 1 auf Seite 58 erfüllt). Jedoch sind die sechs Staaten der Regionalen Partnerschaft keine wirklich kulturell und ethnisch homogene (Sub-)Region (ebenso wenig wie Visegrád). Jedenfalls machten die tschechischen TeilnehmerInnen in Wien klar, dass für sie die Plattform „Mitteleuropa – Kultur“ die wichtigste Initiative sei. Zusätzlich wurden eine gemeinsame Kommunikationsstrategie in Bezug auf die EU-Erweiterung postuliert und ein Erfahrungsaustausch im Bereich Justiz und Inneres betont, vor allem was die Erfahrungen mit der Schengen-Zusammenarbeit betrifft.⁷

Übersicht 2: Gründe für und gegen die Teilnahme an der „Regionalen Partnerschaft“ aus tschechischer Sicht

<i>Gründe dafür</i>	<i>Gründe dagegen</i>
viele gemeinsame Interessen (gemeinsame Geschichte, Kultur, Infrastruktur)	Vergeudung knapper menschlicher Ressourcen (Zeit, Fokus, konzeptuell)
Plattform für Behandlung bilateraler Konflikte, konfliktlösend (Beneš, Temelín)	Einschränkung des Handlungsspielraumes durch das Koordinieren des Verhaltens (statt eigene Interessen energisch zu vertreten)
kulturelle Beziehungen, gute Koordinationsplattform für bereits bestehende Projekte	Duplikation mit Visegrád
Verstärkung des Gewichts bei Abstimmungen in der EU, Idee einer „mitteleuropäischen Lobby“	eine weitere nutzlose Anstrengung nach Visegrád, CEI, CEFTA (haben alle Probleme und lösen ihre Versprechen selten ein)
gute Beziehungen zu den Nachbarn sind ein Teil der „Kopenhagener Kriterien“ für den EU-Beitritt	problematische Rolle Polens (will als regionale Macht auftreten, hat unterschiedliche Interessen, Weimarer Dreieck mit Deutschland und Frankreich, kein kleiner Staat)
Verbesserung der Position der Slowakei (Teil der ersten EU-Erweiterung) und Sloweniens (ist kein Visegrád-Staat)	wenn die Erweiterung schon 2004 kommt, kann Österreich nur wenig an Erfahrung weitergeben
ökonomische Vorteile (durch Handel und Investitionen, <i>economies of scale</i>)	einseitige, zweckgerichtete Initiative (Österreich will Position wegen EU-14 Sanktionen verbessern)

Zusammenstellung: Lucie Königova.

Da jedoch die tschechische Regierung nach dem Treffen von Wien nur sehr wenige weitere Aktivitäten von österreichischer Seite erblickte, wurde ein *review* der Regionalen Partnerschaft durch die einzelnen Ministerien und SachbearbeiterInnen angeordnet. Die Ergebnisse wurden nicht veröffentlicht, sie waren aber nicht sehr ermutigend.⁸ Zusammenfassend legte die tschechische Regierung besonderen Wert auf die Implementierung von verbalen Versprechen in tatsächlichen Projekten, die sinnvoll und effektiv sind. Um dies zu erreichen, müsste die Regionale Partnerschaft so attraktiv wie Visegrád sein und ebenso klar definierte Ziele und Projekte haben.

6. Empirische Evidenz

Die subregionale Zusammenarbeit in Mitteleuropa hat nicht nur die Aussagen politischer EntscheidungsträgerInnen als Voraussetzung. Auf die Geschichte, das jahrhundertlange, nicht

immer konfliktfreie, doch dann wieder friedliche Zusammenleben der kleinen Völker zwischen Deutschland und Russland unter den Habsburgern sei hier nur hingewiesen. Vier der hier behandelten Staaten sind von ähnlicher geographischer Größe und Bevölkerungszahl (Ungarn, Tschechien, Österreich und die Slowakei), Slowenien ist deutlich kleiner und Polen mit seinen fast vierzig Millionen EinwohnerInnen erheblich größer. Zwei Elemente als Voraussetzung für eine subregionale Zusammenarbeit sollen hier näher analysiert werden: die wirtschaftlichen Beziehungen und die Einstellungen der Bevölkerung.

6.1. Die außenwirtschaftliche Verflechtung in Mitteleuropa

Hier kann nicht eine Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung in dieser Subregion Europas erfolgen (siehe Richter 2001; Pöschl 2002). Es soll aber auf die wirtschaftliche Ver-

flechtung in diesem Raum, gemessen an den Exporten, eingegangen werden.⁹ Die kommunistische Steuerung der Wirtschaft sowie der Eiserner Vorhang haben auch den Warenaustausch zwischen den mitteleuropäischen Staaten behindert. Nach dem Ende des Kalten Krieges haben die Ein- und Ausfuhren, auch über die ehemaligen Blockgrenzen hinweg, einen raschen Aufschwung erfahren. Durch die Europa-Abkommen mit der EU und das CEFTA ist seit Mitte der 1990er Jahre im mitteleuropäischen Raum eine Freihandelszone entstanden, die alle Waren mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Produkte erfasst.

Tabelle 1 zeigt die regionale Aufschlüsselung der Exporte der sechs „Partnerstaaten“ im Jahre 2000. Bei allen ergibt sich ein sehr hoher Anteil der EU an den Exporten. Mit Ausnahme von Slowenien und der Slowakei gingen über 30 Prozent der Exporte nach Deutschland. Bei Slowenien hatte Italien einen Anteil von fast 14 Prozent, bei der Slowakei gingen gut 17 Prozent der Ausfuhren in die Tschechische Republik. Der Anteil der Regionalen Partner an den Exporten schwankte bei vier Staaten zwischen 10 und 15 Prozent, bei der Slowakei machte er jedoch mehr als 37 Prozent aus. Dies ist auf den schon erwähnten hohen Anteil Tschechiens an den slowakischen Exporten zurückzuführen. Umgekehrt hatte die Slowakei einen Anteil von fast 8 Prozent an den tschechischen Exporten.¹⁰

Da die Regionale Partnerschaft zwei Staaten mehr umfasst als Visegrád, war natürlich ihr Anteil an den Exporten in Tabelle 1 höher. Deutliche Unterschiede zwischen den beiden Staatengruppen ergaben sich bei den Exporten

Ungarns und der Slowakei. Hier machte wegen des relativ hohen Anteils von Exporten nach Österreich der Unterschied zwischen der Regionalen Partnerschaft und Visegrád fast 10 Prozentpunkte aus. Bei Polen war die Differenz hingegen mit 2,5 Prozentpunkten sehr gering. Das Interesse an der Regionalen Partnerschaft könnte bei Ungarn und der Slowakei auch einen ökonomischen Hintergrund haben.

6.2. Die Einstellung der Bevölkerung zur Zusammenarbeit in Mitteleuropa

Zu den „harten“ Fakten des Güterausstausches seien hier auch noch Daten über die Einstellung der Bevölkerung in den betroffenen Ländern zur Regionalen Partnerschaft gebracht. Es liegen keine direkten Befragungen zu dieser Problematik in Österreich vor, hier kann man aber indirekt aus der Einstellung zur EU-Osterweiterung auf die Sympathiewerte zu den Staaten der Regionalen Partnerschaft schließen.

Nach den im Auftrag der EU-Kommission durchgeführten Eurobarometer-Umfragen hatten im Jahre 2001 die ÖsterreicherInnen von allen EU-BürgerInnen die negativste Einstellung zur EU-Erweiterung; dies änderte sich 2002, wo Österreich nun den 12. Rang unter den 15 EU-Mitgliedern einnahm; in Deutschland, Großbritannien und Frankreich waren die Meinungen noch negativer.¹¹ Die veränderte Fragestellung könnte eine Rolle bei diesen Ergebnissen gespielt haben; wie jedoch unten bei Tabelle 2 auf Seite 68 aufgezeigt wird, ist die Einstellung der ÖsterreicherInnen zur „Osterweiterung“ der EU

Tabelle 1: Die Struktur der Exporte Österreichs (A), Tschechiens (CZ), Ungarns (H), Polens (PL), Sloweniens (SI) und der Slowakei (SK) (Prozentanteile an den Gesamtexporten)

	A	CZ	H	PL	SI	SK
EU	61,1	68,6	75,1	69,9	63,8	59,0
Deutschland	33,4	40,5	37,2	34,9	27,1	26,8
Regionale Partner	12,3	21,8	14,5	9,7	14,6	37,5
Visegrád	10,5	15,0	4,8	7,2	7,0	28,1

Quellen: Für Österreich Statistik Austria (2001), für die anderen Staaten WIIW Handbook (2002); eigene Berechnungen.

offensichtlich tatsächlich positiver geworden (vgl. auch Ulram 2002). Es war vielfach angenommen worden, dass sich die Einstellung der ÖsterreicherInnen zur EU-Erweiterung nach der Bildung der ÖVP-FPÖ-Regierung im Februar 2000 verschlechtern werde. Die Regierungsverantwortung der populistischen FPÖ, die als Oppositionspartei zum Teil heftig gegen die Erweiterung polemisierte, hat dieser Partei aber die Kritik an der Osterweiterung erschwert, was zur etwas positiveren Einstellung der Bevölkerung beigetragen haben könnte.

Die Einstellung der ÖsterreicherInnen ist vor dem Hintergrund ökonomischer Analysen zu sehen. Unter der Annahme von angemessenen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird die Osterweiterung „möglicherweise nicht unmittelbar oder kurzfristig, jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit mittel- und langfristig für beide Seiten per Saldo volkswirtschaftliche Vorteile“ bringen (Kramer 2001, 653). Österreich wird nach wirtschaftswissenschaftlichen Analysen insgesamt am meisten von allen EU-Mitgliedstaaten von der Erweiterung profitieren; der Nutzen wird sich aber ungleich auf die Landesteile und Branchen verteilen. Außerdem werden die Vorteile relativ gering sein: In Österreich würde das real Brutto-

inlandsprodukt durch den EU-Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns kumuliert von 2005 bis 2010 um rund 0,75 Prozent steigen, was einem jährlichen Wachstumsimpuls von 0,15 Prozent entspräche. Die neuen Mitglieder würden etwa zehnmal soviel gewinnen wie die EU-Länder (Breuss 2001, 662).

Tabelle 2 gibt nun die Antwortverteilung über die Einstellung der ÖsterreicherInnen zum EU-Beitritt der Staaten der Regionalen Partnerschaft wieder. Danach begrüßen die ÖsterreicherInnen mit einer großen und zwischen 1997 und 2002 anwachsenden Mehrheit den Beitritt Sloweniens und Ungarns. Bei Polen und der Slowakei hat sich die Mehrheit von einer negativen zu einer positiven Einstellung deutlich verändert. Nur gegenüber dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik hat sich die Meinung leicht verschlechtert, positive wie negative Meinungen halten sich hier fast die Waage. Indifferente Einstellungen sind aber bei allen Beitrittsländern noch immer relativ groß, jedoch mit abnehmender Tendenz.

In den österreichischen Nachbarländern wurden 2001 durch die Paul Lazarsfeld Gesellschaft für Sozialforschung in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik Meinungsumfragen über die Einstellung zu ei-

Tabelle 2: Einstellung der ÖsterreicherInnen zur EU-Mitgliedschaft der Nachbarstaaten (Prozentwerte)

	Polen		Slowakei		Slowenien		Tschechien		Ungarn	
	1997	2002	1999	2002	1997	2002	1997	2002	1997	2002
begrüßen	33	41	33	42	43	55	40	41	52	61
ablehnen	37	36	47	35	34	23	36	40	26	16
Differenz	-4	+5	-14	+7	+9	+32	+4	+1	+26	+45
egal	27	17	14	17	20	18	22	15	19	19
w.n./k.A.	6	6	6	6	4	4	5	5	2	3
Indifferenz	33	23	20	23	24	22	27	20	21	22

Anmerkungen: Die Fragestellung lautete: „Ungarn, Slowenien, Tschechien, die Slowakei und Polen bemühen sich um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Würden Sie die Mitgliedschaft von ... begrüßen, ablehnen oder ist Ihnen diese Frage egal?“ Die Daten stammen aus Zeitreihen, die auf Telefonumfragen der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) beruhen, N jeweils etwa 1000. Die erste Umfrage wurde im September 1997 gemacht; die Frage zur Slowakei wurde erstmals im Oktober 1999 gestellt. Für 2002: Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (Tel. SWS 134, Juni/Juli 2002, N=1106).

Quelle: Schaller 2002.

ner „Mitteleuropäischen Partnerschaft“ durchgeführt. Tabelle 3 zeigt auf, dass in Ungarn und in der Slowakei eine große Mehrheit der Befragten für eine Zusammenarbeit nach dem Vorbild von Benelux oder der Nordischen Staaten eintritt. Positive Meinungen, wenn auch mit geringeren Mehrheiten, gab es auch in Slowenien und Tschechien (in Polen wurde die Umfrage nicht durchgeführt). In der Slowakei, Slowenien und vor allem in Tschechien waren die indifferenten Meinungen hoch (vgl. die Zeile „Unentschiedene“); ein Zeichen dafür, dass von vielen Befragten in diesen Staaten der „Mitteleuropäischen Partnerschaft“ geringe Bedeutung zugemessen wurde.

In den ersten drei Ergebniszeilen von Tabelle 3 wird in Klammer jeweils der Prozentsatz ei-

ner Umfrage dargestellt, die das Slowakische Institut für öffentliche Fragen in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen durchführte (Lukáč 2002, 66). Die hier wiedergegebenen Ergebnisse bezogen sich auf die Frage nach der Bedeutung und Unterstützung der Visegrád-Zusammenarbeit in diesen Ländern. Die Ergebnisse ähneln der Umfrage zur „Mitteleuropäischen Partnerschaft“. In der Slowakei ist die Bevölkerung in beiden Umfragen besonders stark für eine subregionale Zusammenarbeit, in Tschechien ist die Bereitschaft viel geringer, wobei in beiden Staaten ein gewisser Vorzug der Visegrád-Zusammenarbeit gegeben wird. Die UngarInnen hingegen scheinen eine „Mitteleuropäische Partnerschaft“ zu bevorzugen.

Tabelle 3: Einstellung zu einer „Mitteleuropäischen Partnerschaft“ (und zur „Visegrád-Zusammenarbeit“)
(in Prozent)

	Slowakei	Slowenien	Tschechien	Ungarn
„bin sehr dafür“	27 (35)	10	8 (10)	18 (16)
„bin eher dafür“	40 (41)	32	29 (35)	54 (37)
<i>Summe dafür</i>	<i>67 (76)</i>	<i>42</i>	<i>37 (45)</i>	<i>72 (53)</i>
„bin eher dagegen“	7	17	19	10
„bin sehr dagegen“	2	10	6	3
<i>Summe dagegen</i>	<i>9</i>	<i>27</i>	<i>25</i>	<i>13</i>
<i>Differenz dafür minus dagegen</i>	<i>+58</i>	<i>+15</i>	<i>+12</i>	<i>+59</i>
„ist mir egal“	13	16	35	12
„weiß nicht“	11	15	3	4
Unentschiedene	24	31	38	16

Anmerkungen: Die genaue Fragestellung zur Mitteleuropäischen Partnerschaft lautete: „Innerhalb der Europäischen Union existiert eine engere Zusammenarbeit der skandinavischen Staaten und der Benelux-Staaten. Was halten Sie davon, wenn Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Slowenien mit Österreich nach diesem Vorbild eine „Mitteleuropäische Partnerschaft“ bilden? Sind Sie sehr dafür, eher dafür, eher dagegen, sehr dagegen, oder ist es Ihnen egal?“. Differenz auf 100 Prozent durch Rundung.

Die Zahlen in Klammern geben die Ergebnisse auf die Frage nach der Bedeutung und Unterstützung durch die Visegrád-Zusammenarbeit wieder; die erste Antwortmöglichkeit war eindeutige Unterstützung für die Existenz und die besondere Bedeutung von Visegrád, die zweite Antwortmöglichkeit war „eher ja“.

Quellen: Für „Mitteleuropäischen Partnerschaft“: Bittner 2001. Umfragen für Ungarn durchgeführt von Szonda IPSOS, Mai 2001, N=1013; für Tschechien von KMG, Mai 2001, N=1000; für Slowakei von KMG, Juli 2001, N=1000; für Slowenien von RMPLUS, Oktober 2001, N=1000. In Polen wurde keine Umfrage durchgeführt.

Für „Visegrád-Zusammenarbeit“: Lukáč 2002, 66. Hier werden keine näheren Angaben gemacht, wann die Umfragen durchgeführt wurden und wie groß die Zahl der Befragten war. In Polen und Slowenien wurden keine Umfragen durchgeführt.

7. Zusammenfassung und Ausblick

Das zweite Außenminister-Treffen der Regionalen Partnerschaft in Bratislava, 29. November 2001, war wenig erfolgreich. Nur zwei AußenministerInnen (der Slowakei und Österreichs) nahmen daran teil. Viele TeilnehmerInnen sahen sie eher als eine „Pflichtübung“ an. Schon die Einladung des slowakischen Außenministeriums zu dieser Konferenz wies die Formulierung auf „Die Visegrad Vier, Österreich und Slowenien“ (Die Presse, 1.12. 2001). Im Juni 2002 sollte während des slowenischen Vorsitzes ein Außenminister-Treffen in Laibach stattfinden, aber es kam nur ein Vize-Außenminister-Treffen zustande. Die Idee der Regionalen Partnerschaft schien „moribund“.

Am 14.10.2002 fand in Portorož (Slowenien) dann doch das dritte Treffen der AußenministerInnen im Rahmen der Regionalen Partnerschaft statt. Slowenien führte im Jahr 2002 den (sehr informellen) Vorsitz. Das Außenminister-Treffen fand nach dem Auseinanderbrechen der schwarz-blauen Koalition in Österreich statt; vielleicht gab es deswegen die Zusage von vier Außenministern zur Teilnahme. Der tschechische Außenminister sagte aber dann doch kurzfristig ab, da er an einer wichtigen Sitzung der tschechischen Regierung über die „Beneš-Dekrete“ teilnehmen musste. Der ungarische Außenminister nahm nicht teil, da er sich am „heißen“ Wahlkampf um Budapest beteiligte. Auch der polnische Außenminister kam nicht, wurde von der Staatssekretärin für EU-Angelegenheiten, Danuta Hübner, vertreten. Die Gespräche verliefen in einer besonders freundschaftlichen Atmosphäre. Polen, das bisher zögerlichste Land, bot sich an, im Falle, dass Ungarn den Vorsitz in der Regionalen Partnerschaft im Jahre 2003 nicht übernehmen kann, selbst den Vorsitz zu übernehmen.¹²

In einem „Joint Press Release“ wurde die Bedeutung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der inneren Sicherheit hervorgehoben, die Verstärkung der ökonomischen Zusammenarbeit, vor allem auf dem Gebiet der Infrastruktur, betont und das besondere Gewicht der kulturellen Zusammenarbeit für die mitteleuropäischen Staaten aufgezeigt. Der Beginn der Ko-

operation auf den Gebieten der Sozialpolitik, der Gesundheit und der Umwelt wurde begrüßt. Angeregt wurde ein Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe. Die MinisterInnen bzw. StaatssekretärInnen versprachen, den BildungsministerInnen eine Expertengruppe für Geschichtslehrbücher vorzuschlagen (Joint Press Release 2002). Klar kam von den TeilnehmerInnen zum Ausdruck, dass der zukünftige Schwerpunkt der Regionalen Partnerschaft nicht mehr die Heranführung der Partner *an* die EU, sondern die Kooperation *in* der EU sein wird.

Offensichtlich hat die Zusammenarbeit zwischen Staaten längerfristig nur dann einen Sinn, wenn es nicht bei schönen Worten bleibt, sondern es zu praktischen Ergebnissen kommt. Übersicht 3 auf Seite 71 zeigt nun auf, welche Fachministertreffen der Regionalen Partnerschaft im Jahre 2002 stattfanden. Zusätzlich kann man hier die Plattform „Mitteleuropa – Kultur“ anführen, deren Schaffung am ersten Ministertreffen im Juni 2001 beschlossen wurde. Die Leiter der Kultursektionen der Außenministerien treffen sich regelmäßig. Die Plattform organisierte am 10. Dezember 2001 in Brüssel eine Galaveranstaltung unter dem Titel „Culture for Enlargement – a gala of music and thoughts from the heart of Europe“ als erstes offizielles Projekt. Der Festakt gab ein Bild der musikalischen und literarischen Vielfalt der mitteleuropäischen Länder (Außenpolitischer Bericht 2001, 115).

Von besonderer Bedeutung für die Zusammenarbeit der sechs mitteleuropäischen Staaten ist das Gebiet der inneren Sicherheit, insbesondere auch nach den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001. Die Unterzeichnung der „Salzburg Deklaration“ durch die Innenminister der sechs Partnerstaaten im Juli 2001 war der formelle Beginn der „Sicherheitspartnerschaften“. Die Umsetzung dieser Partnerschaften erfolgt auf zwei Ebenen. Auf der strategischen und operativen Ebene besteht sie unter anderem aus hochrangigen Expertentreffen auf bilateraler Ebene. Auf der politischen Ebene finden bilaterale Ministertreffen zur laufenden Evaluierung sowie informelle Dialogforen (etwa das Forum Salzburg) zwi-

Übersicht 3: Fachministertreffen der Regionalen Partnerschaft 2002

FachministerInnen	Datum und Ort	Themen
Sozial-, Frauen- u. FamilienministerInnen	6.-8. Juni in Wien	Armut und soziale Ausgrenzung; Gewalt in der Familie
InnenministerInnen	25.-27. Juli in Salzburg	Weiterentwicklung der „Sicherheitspartnerschaften“
WirtschaftsministerInnen	29.-31. August in Salzburg	Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen (Handel und Investitionen); Fragen der EU-Erweiterung; WTO
UmweltministerInnen	12.-13. September in Wien	Umweltsituation in der erweiterten EU
Gesundheits- und JugendministerInnen	12.-14. September in Graz	Jugend, Drogenabhängigkeit; Gesundheit

Quelle: Österreichisches Außenministerium.

schen den InnenministerInnen der sechs Partnerländer statt

Mit diesem empirischen Material kann nun eine Beurteilung der Regionalen Partnerschaft an Hand der Kriterien von Petr Drulák (oben Übersicht 1 auf Seite 58) versucht werden. Im mitteleuropäischen Raum gibt es eine lange gemeinsame Geschichte (Kriterium 1), aber die Ereignisse des 20. Jahrhunderts, vor allem der Nationalsozialismus, der Zweite Weltkrieg und der Kalte Krieg führten zur Entfremdung zwischen den Staaten dieses Raumes; die Konflikte um die Beneš-Dekrete sind dafür charakteristisch. Durch das Ende des Ost-West-Konflikts und der bevorstehenden EU- und NATO-Erweiterung ist die geopolitische Lage, mit Ausnahme des „neutralen“ Österreichs, sehr ähnlich geworden (Kriterium 2). Die kulturelle und ethnische Identität scheint, ohne dass dies hier im Detail bewiesen werden kann, große Ähnlichkeiten aufzuweisen (Kriterium 3). Die innenpolitischen Umstände sind hingegen noch immer unterschiedlich. Die ehemaligen kommunistischen Staaten sind auf dem Wege der Stabilisierung der parteipolitischen Landschaft verschieden weit vorangekommen. In Österreich hat sich eine populistische Partei (FPÖ) herausgebildet, die der Kooperation mit den Nachbarstaaten kritisch gegenübersteht (Kriterium 4). Die wirtschaftliche Leistung ist noch immer sehr unterschiedlich zwischen Österreich und seinen Nachbarn, jedoch finden dort rapide Aufhol-

prozesse statt. Es gibt, wie Tabelle 1 auf Seite 67 zeigt, relativ enge Handelsbeziehungen, die aber noch ausbaufähig sind (Kriterium 5).

Insgesamt ergibt sich kein vollkommen klares Bild, inwieweit die Regionale Partnerschaft die Kriterien für eine erfolgreiche subregionale Zusammenarbeit nach Drulák erfüllt. Die Dynamik der Entwicklung weist in eine für die Zusammenarbeit positive Richtung. Pavol Lukáč (2002, 72f.) wendet jedoch kritisch ein, dass die Kooperation im mitteleuropäischen Raum eher zwischen den Visegrád-Staaten und nicht im Rahmen der Regionalen Partnerschaft stattfinden wird. Als ersten Grund erwähnt er die „zugespitzten Beziehungen“ Österreichs zu Slowenien und Tschechien. Zweitens wäre die Regionale Partnerschaft zwar ein schön aussehendes Projekt, aber Österreich habe viel zuwenig dafür getan; es war bei den EU-Beitrittsverhandlungen seiner Partner weder „Advokat“ der Partner noch „Vermittler“ zwischen der EU und den Beitrittswerbern. Schließlich müssten Visegrád bzw. die Regionale Partnerschaft zur Schaffung einer „homogenen und kompatiblen und mitteleuropäischen Region“ beitragen, welche dann Stütze und Pfeiler „der gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur“ sein sollte. Österreich müsste sich dabei aus seiner „provinziellen Verschlossenheit befreien“ und sich außerdem von der „ohnehin nicht mehr existierenden Neutralität“ lösen (Lukáč 2002, 73).

Die drei angeführten Problembereiche von Pavol Lukáč haben 2002 etwas an Schärfe verloren. Sein erster Grund für die Bevorzugung von Visegrád hat durch die Schwächung der FPÖ und die Rasanzen der Erweiterungsschritte seine Signifikanz zumindest teilweise eingebüßt. Der zweite Kritikpunkt wird durch einen ungarischen Beobachter relativiert: „Austria has supported the Eastern enlargement towards its neighbours in general, but often opposed it in particular in cases where it has perceived that – real or mistaken – Austrian interests might be hurt.“ (Ágh 2001, 41).

Die dritte Schwäche der Regionalen Partnerschaft, die Inkohärenz der sicherheitspolitischen Positionen der sechs Partner, bedingt durch die österreichische „Neutralität“, wird jedoch weiter bestehen bleiben, zumindest wenn man den Wahlkampf für die österreichischen Nationalratswahlen 2002 als Maßstab nimmt. SPÖ und Grüne haben sich hier deutlich für die Beibehaltung der „Neutralität“ ausgesprochen.

So lässt sich mit einiger Wahrscheinlichkeit voraussagen, dass die Regionale Partnerschaft kein Monopol auf eine subregionale Zusammenarbeit im mitteleuropäischen Raum haben wird. Bei Fragen der Anpassung an die EU-Mitgliedschaft, bei Fragen der wirtschaftlichen Transformation werden sich die Visegrád-Vier, vielleicht unter Hinzuziehung eines/r slowenischen VertreterIn, treffen. Dieselbe Konstellation wird sich in vielen sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen ergeben, denn Österreich als Nicht-NATO-Mitglied wird hier nicht voll mitreden können.¹³ Bei der Interessen-Vertretung im EU-Rat, etwa in Fragen der Infrastruktur, der Umwelt, der inneren Sicherheit, könnten (auch wegen des stärkeren Gewichts) die sechs Regionalen Partner versuchen, sich abzusprechen. Nach dem Vertrag von Nizza, Erklärung Nr. 20 zur Erweiterung der Europäischen Union, werden die Visegrád-Staaten insgesamt 58 Stimmgewichte haben, das sind 18,1 Prozent der gesamten Stimmgewichte, unter der Annahme, dass 2004 zehn neue Staaten in die EU aufgenommen werden. Die Regionalen Partner werden über mehr, nämlich 72 Stimmgewichte (oder 22,4 Prozent), verfügen. Damit werden beide Zusammenschlüsse aber nicht die Stimmge-

wichte haben, um Beschlüsse als blockierende Minderheit zu verhindern (vgl. Kiss 2002, 5f.).

Je mehr Staaten Mitglieder in der EU sein werden, desto schwieriger wird die Entscheidungsfindung im Rat sein. Auch bei der Bestellung von KommissarInnen wird früher oder später vom Prinzip „ein Land, ein/e KommissarIn“ abgegangen werden. In allen diesen Fragen wird die Entscheidungs-Vorklärung in Subgruppen von Mitgliedstaaten das Zustandekommen von Beschlüssen erleichtern. In der EU gibt es keine fixen Allianzen, auch Benelux und die Nordischen Staaten sprechen häufig nicht mit einer Stimme. Für die mitteleuropäischen Staaten wird es jedoch sinnvoll sein, die Positionen bei Fragen von gemeinsamen Interesse vor der Entscheidung im EU-Rat abzuklären. Hier haben Benelux und die Nordischen Staaten verschiedene Methoden und Vorgehensweisen entwickelt, die sinnvollerweise übernommen werden können.¹⁴

ANMERKUNGEN

- 1 In Österreich wird der Begriff „Nachbarstaaten“ im weiteren Sinne interpretiert. Polen, manchmal auch Rumänien und Bulgarien (sowie später auch die Staaten Ex-Jugoslawiens) werden zu den Nachbarn im weiteren Sinne gezählt; vgl. Höll (1997 und 2002).
- 2 Zu den deutschen Mitteleuropaiden siehe jetzt Baumann/Hauser (2002, 30).
- 3 Erhard Busek (1997, 8) nannte das einen Fall „mißglückter Vergangenheitsbewältigung“. Hier, wie auch weitgehend in der politischen Literatur, wird der Begriff „Mitteleuropa“ verwendet.
- 4 Am 15. Februar 1991 wurde von den VertreterInnen der drei Staaten die „Declaration on Co-operation Between the Republic of Poland, the Czechoslovak Federal Republic and the Republic of Hungary on the Path for Advancing Towards European Integration“ angenommen. Siehe Cottey (1999c) und den Beitrag von Pál Dunay in diesem Heft.
- 5 Das Abkommen wurde am 21. Dezember 1992 in Krakau, Polen, unterzeichnet. Siehe Dangerfield (2000) und den Beitrag von Pál Dunay zu Visegrád und CEFTA in diesem Heft.
- 6 Siehe die Analyse von Meinungsumfragen zwischen 1989 und 1991 bei Urban (1992, 7); vgl. auch Marjanović (1998, 136).
- 7 Aber hier scheint, aus tschechischer Sicht, Deutschland aktiver gewesen zu sein als Österreich.
- 8 Interviews von Lucie Königova mit Beamten des tschechischen Außenministeriums am 25.10.2001, 6.12.2001 und am 25.4.2002.

- 9 Die Darstellung der Importe brächte ein weitgehend ähnliches Ergebnis; andere Maßstäbe, wie etwa die Direktinvestitionen, würden wegen der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs und seiner Nachbarn ein verzerrtes Bild geben.
- 10 Zahlen nach WIIW Handbook (2002).
- 11 Vgl. Eurobarometer (EB) 55, Umfragen zwischen April und Mai 2001; EB 57, Umfragen zwischen März und Mai 2002. Die Fragestellung war für 2001 und 2002 im zweiten Teil unterschiedlich: „Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.“ EB 55: „Die Europäische Union sollte vergrößert werden und neue Länder aufnehmen“; EB 57: „Die Erweiterung der Europäischen Union um neue Länder“.
- 12 Informationen von einem Gespräch im österreichischen Außenministerium, 29.10.2002.
- 13 Diese Problematik wurde schon vor langer Zeit erkannt: „Ein Gebiet, auf dem Österreich für die Reformländer derzeit keinen Gesprächspartner darstellt, ist die [äußere] Sicherheitspolitik“ (Rohan/Wölfer 1994, 221).
- 14 Siehe dazu die Beiträge von Sophie Vanhoonacker und Preben Bonnén/Michael Søsted in diesem Heft.

LITERATURVERZEICHNIS

- Ágh*, Attila (2001). The Euro-Capacity of the Small ECE Countries. Regional Co-operation and Identity in Central Europe, Hungarian Centre for Democracy Studies Foundation (Budapest Papers on Democratic Consolidation, 202), Budapest.
- Angerer*, Thomas (2002). Regionalization and Globalization in Austrian Foreign Policy since 1918, in: Günter Bischoff/Anton Pelinka/Michael Gehler (Hg.): Austria in the European Union (Contemporary Austrian Studies, Volume 10), New Brunswick-London, 22–55.
- Außenpolitischer Bericht* (2001). Bericht der Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten, Wien.
- Baumann*, Wolfgang/Gunther Hauser (2002). Mitteleuropa – Im geopolitischen Interesse Österreichs, Austria Medien Service, Graz.
- Berenyi*, G. (2000). Österreich – Ungarn oder: Eine Freundschaftsgeschichte, in: Kurier, 16.11.2000, 6.
- Bielka*, Erich (1983). Österreich und seine volksdemokratischen Nachbarn, in: Erich Bielka/Peter Jankowitsch/Hans Thalberg (Hg.): Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik, Wien-München-Zürich, 195–231.
- Bittner*, Marc (2001). EU-Erwartungen von EU-Beitrittskandidaten. Studie der Paul Lazarsfeld Gesellschaft für Sozialforschung, unterstützt durch die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Wien.
- Bruss*, Fritz (2001). Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder, in: WIFO-Monatsberichte, 74 (11), 655–666.
- Busek*, Erhard (1997). Mitteleuropa. Eine Spurensicherung, Wien.
- Busek*, Erhard/Emil Brix (1986). Projekt Mitteleuropa, Wien.
- Busek*, Erhard/Gerhard Wilflinger (Hg.) (1986). Aufbruch nach Mitteleuropa. Rekonstruktion eines versunkenen Kontinents, Wien.
- Clesse*, Armand/Mario Hirsch (Hg.) (1999). The Security of Small States, Luxembourg Institute for European and International Studies, Luxembourg.
- Cottey*, Andrew (Hg.) (1999a). Subregional Cooperation in the New Europe. Building Security, Prosperity and Solidarity from the Barents to the Black Sea, Basingstoke-New York.
- Cottey*, Andrew (1999b). Introduction, in: Andrew Cottey (Hg.): Subregional Cooperation in the New Europe. Building Security, Prosperity and Solidarity from the Barents to the Black Sea, Basingstoke-New York, 3–7.
- Cottey*, Andrew (1999c). The Visegrad Group and Beyond: Security Cooperation in Central Europe, in: Andrew Cottey (Hg.): Subregional Cooperation in the New Europe. Building Security, Prosperity and Solidarity from the Barents to the Black Sea, Basingstoke-New York, 69–89.
- Cviic*, Christopher (1999). The Central European Initiative, in: Andrew Cottey (Hg.): Subregional Cooperation in the New Europe. Building Security, Prosperity and Solidarity from the Barents to the Black Sea, Basingstoke-New York, 113–127.
- Dangerfield*, Martin (2000). Subregional Economic Cooperation in Central and Eastern Europe. The Political Economy of CEFTA, Cheltenham-Northampton.
- Drulák*, Petr (2000). Zkušnost zemí Beneluxu, unveröffentlichtes Manuskript, Prag.
- Dwan*, Renata (2000). Subregional, Regional and Global Levels. Making the Connections, in: Gunilla Herolf (Hg.): Subregional Cooperation and Integration in Europe, Stockholm: The Swedish Institute of International Affairs (= Conference Papers 26), 81–96.
- Ettmayer*, Wendelin (1985). Plädoyer für Mitteleuropa (= Schriftenreihe „Sicherheit und Demokratie“, Doppelheft 9/10), Wien.
- Ferrero-Waldner*, Benita (2001). Strategische Partnerschaft und europapolitische Herausforderungen. Vortrag der Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen und der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Wien, 12. Februar 2001 (www.bma.gv.at/service/index.html.de). Englische Version: Strategic Partnership and Political Challenges in Europe, in: Slovak Foreign Policy Affairs, 2 (1), 97–106.
- Fleischhacker*, Michael (2000). Strategische Partnerschaft in Zentraleuropa, in: Der Standard, 31.8.2000, 6.
- Hinteregger*, Gerald (1999). Die Erweiterung der Europäischen Union, in: Andreas Khol/Günther Ofner/

- Alfred *Stirnemann* (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1998, Wien-München, 455–480.
- Höll, Otmar (1997). Die außenpolitischen Beziehungen Österreichs zu seinen Nachbarstaaten, in: Peter Gerlich (Hg.): Österreichs Nachbarstaaten. Innen- und außenpolitische Perspektiven, Wien, 279–308.
- Höll, Otmar (2002). Österreichs Außenbeziehungen gegenüber Zentral- und Osteuropa seit 1995, in: Europäische Rundschau, 30 (2), 41–50.
- Joint Press Release* (2002). Mimeo, issued by the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Slovenia, Department for European Integrations and Economic Relations, Portorož, 14 October 2002.
- Kadan, Albert/Anton *Pelinka* (1979). Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien. Dokumentation und Analyse, St. Pölten.
- Kavan, Jan (2001). Opening Address of the Czech Foreign Minister Jan Kavan at the Czech-Austrian Conference at Stirin, 8 November 2001.
- Kiss, László J. (2002). Hungary's Policies Towards Its Neighbors and Perspectives of Hungarian Foreign Policy, in: Foreign Policy Review, (1), 3–7.
- Konferenz (2001) über eine „Regionale Partnerschaft“ am 6. Juni 2001 in Wien. Gemeinsame Presseaus-sendung (www.bmaa.gv.at/regional/index.html.de).
- Konrád, György (1984). Der Traum von Mitteleuropa. Vortrag vor dem Club pro Wien am 7.5.1984, in: Erhard Busek/Gerhard Wilflinger (Hg.) (1986): Aufbruch nach Mitteleuropa. Rekonstruktion eines versunkenen Kontinents, Wien, 87–97.
- Kramer, Helmut (1997). Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945–1966), in: Herbert Dachs et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, 3., erweiterte Auflage, Wien, 715–739.
- Kramer, Helmut (2001). Eine polit-ökonomische Einschätzung der Ergebnisse des Forschungsprogramms „Preparity“. Editorial, in: WIFO-Monatsberichte, 74 (11), 651–654.
- Kreisky, Bruno (1965). „Is the Cold War in Europe Over? Changes in the Danubian Area“. Yale University, New Haven (USA), 14. Oktober 1965, in: Bruno Kreisky (1981): Reden. Band I, Wien, 647–655.
- Kreisky, Bruno (1968). Neue Perspektiven der politischen Ordnung in Mitteleuropa. Rede vor der Europa-Union in Basel am 3. April 1968, in: Bruno Kreisky (1975): Neutralität und Koexistenz. Aufsätze und Reden, München, 124–134, zuerst in Forum, März/ April 1968.
- Kreissler, Felix (1993). Mitteleuropa? Und was sich dahinter verbirgt, in: Europäische Perspektiven. Politische Aspekte der europäischen Integration aus österreichischer Sicht. Eine Dokumentation von Veranstaltungen des Burgenländischen Landtages und des Europahauses Eisenstadt, Europahaus, Eisenstadt, 35–45.
- Kundera, Milan (1984). Die Tragödie Mitteleuropas, in: Erhard Busek/Gerhard Wilflinger (Hg.) (1986): Aufbruch nach Mitteleuropa. Rekonstruktion eines versunkenen Kontinents, Wien, 133–144, zuerst publiziert als The Tragedy of Central Europe, in: New York Review of Books, 26.4.1984.
- Lackner, Herbert/Otmar *Lahodynsky* (2001). Jahrmarkt der Eitelkeiten, in: profil, 1.10.2001, (40), 32–35.
- Luif, Paul (1982). Österreich zwischen den Blöcken. Bemerkungen zur Außenpolitik des neutralen Österreich, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 11 (2), 209–220.
- Luif, Paul (1995). On the Road to Brussels: The Political Dimension of Austria's, Finland's and Sweden's Accession to the European Union (= Laxenburg Papers, No. 11), Vienna.
- Luif, Paul (2000). Österreich, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1999/2000, Bonn, 365–372.
- Luif, Paul (2001). Österreich, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001, Bonn, 373–380.
- Lukáč, Pavol (2002). Regionale Zusammenarbeit in Mitteleuropa zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Neue Formen und neue Herausforderungen, in: KAS-Auslandsinformationen, 18 (7), 58–80.
- Male, Eva (1993). Mock will sofortige Einbindung in EG-Kooperation, in: Die Presse, 20./21.3.1993, 2.
- Marjanović, Vladislav (1998). Die Mitteleuropa-Idee und die Mitteleuropa-Politik Österreichs 1945–1995 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI, Politikwissenschaft, Band 360), Frankfurt/Main.
- Melchior, Josef (2002). Österreich auf dem Weg nach Europa und zu sich selbst. Zur Rolle Österreichs im europäischen Integrationsprozess, in: August Pradetto/Oliver Linz (Hg.): Ostmitteleuropa zwischen regionaler Kooperation und europäischer Integration (= Studien zur Internationalen Politik des Instituts für Internationale Politik der Universität der Bundeswehr, Heft 1), Hamburg, 181–202.
- Neuhold, Hanspeter (Hg.) (1991). The Pentagonal/Hexagonal Experiment. New Forms of Cooperation in a Changing Europe (= The Laxenburg Papers, 10), Wien.
- Petsche, Alexander/Gerald Hinteregger (Red.) (1998). Österreich und die Osterweiterung der Europäischen Union. Argumente und Fakten. I. Fassung, Institut für den Donauraum und Mitteleuropa, Wien.
- Pöschl, Josef (2002). Wirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise in den MOEL begrenzt, in: WIFO-Monatsberichte, 75 (5), 309–324.
- Pradetto, August/Oliver Linz (Hg.) (2002). Ostmitteleuropa zwischen regionaler Kooperation und europäischer Integration (= Studien zur Internationalen Politik des Instituts für Internationale Politik der Universität der Bundeswehr, Heft 1), Hamburg.
- Prosl, Christian (2000). Die bevormundete Nation, in: Die Presse, 19.8.2000.
- Richter, Sándor (2001). Transition and regional economic cooperation in Central Europe. The Vienna Institute for International Economic Studies (WIIW), mimeo.
- Riedler, Monica (1992). Österreich will UN-Ultimatum an Serbien, in: Die Presse, 15.7.1992, 3.
- Rohan, Albert/Klaus Wölfer (1994). Österreich und die zentraleuropäischen Nachbarstaaten, in: Öster-

- reichisches Jahrbuch für Internationale Politik, 216–222.
- Rüland, Jürgen (2002). „Dichte“ oder „schlanke“ Institutionalisierung? Der Neue Regionalismus im Zeichen von Globalisierung und Asienkrise, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 9 (2), 175–208.
- Schaller, Stefan (2002). Die Einstellung der Österreicher zur Erweiterung der Europäischen Union. Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (Tel. SWS 134, Juni/Juli 2002, N=1106), Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Wien.
- Schirm, Stefan (2002). Globalization and the New Regionalism. Global Markets, Domestic Politics and Regional Co-operation, Oxford-Malden, MA.
- Sozialdemokratische Korrespondenz (2001). Gusenbauer: Zentraleuropäisches Forum sozialdemokratischer Parteivorsitzenden berät Erweiterung, 11.11.2001 (www.spoe.at/index_basis1.htm).
- Statistik Austria (Hg.) (2001). Statistisches Jahrbuch Österreichs 2002, Wien (CD-ROM).
- Telò, Mario (Hg.) (2001). European Union and New Regionalism. Regional actors and global governance in a post-hegemonic era (= The International Political Economy of New Regionalisms Series), Ashgate, Aldershot u. a.
- Ullram, Peter A. (2002). Österreich: Einstellungen zur EU und zu den Nachbarländern, in: August Pradetto/Oliver Linz (Hg.): Ostmitteleuropa zwischen regionaler Kooperation und europäischer Integration (= Studien zur Internationalen Politik des Instituts für Internationale Politik der Universität der Bundeswehr, Heft 1), Hamburg, 83–92.
- Urban, Waltraut (1992). Die Veränderungen in Osteuropa, in: Hanspeter Neuhold/Paul Luif (Hg.): Das außenpolitische Bewußtsein der Österreicher. Aktuelle internationale Probleme im Spiegel der Meinungsforschung, Braumüller (= Laxenburger Internationale Studien, Band 4), Wien, 1–26.
- Vranitzky, Franz (1990). EG und Osteuropa – neue Rahmenbedingungen für die österreichische Wirtschaftspolitik, in: Wettbewerb und Kooperation im Finanzbereich. 18. Volkswirtschaftliche Tagung, 29. und 30. März 1990, Österreichische Nationalbank, Wien, 103–112.
- WIIW Handbook (2002). WIIW Handbook of Statistics: Countries in Transition 2002, Vienna Institute for International Economic Studies (WIIW), Vienna (elektronische Version).
- Wirtschaftskammer Österreich (1996). Österreichs Zukunft sichern. Das Forderungsprogramm der Wirtschaftskammern für die neue Legislaturperiode, Wien.
- AUTORINNEN
- László J. KISS, Professor an der Universität für Wirtschaft und Öffentliche Verwaltung und an der deutschsprachigen Universität Andrassy Gyula Budapest, stellv. Generaldirektor Teleki László Instituts, Centre for Foreign Policy Studies, Studien der Soziologie, Philosophie und Politikwissenschaft, Forschungsinteressen: EU und Zentraleuropa, Nationale Interesse und gemeinsame Interessen in EU, Theorien der Internationalen Beziehungen. Publikationen u. a.: „Österreich und Ungarn – Mitte der gespaltenen Mitte. Die strukturbildenden Merkmale der bilateralen Beziehungen“, in: Erwin A. Schmidl (Hg.): Die Ungarnkrise 1956 und Österreich, Wien 2003.
- Korrespondenzadresse: Teleki László Institute, Centre for Foreign Policy Studies, Szilágyi Erzsébet fasor 22/c., H-1125 Budapest, Ungarn; Email: l.j.kiss.mki@tla.hu.
- Lucie KÖNIGOVÁ, Studium der Politikwissenschaft an der Karlsuniversität Prag, seit 2001 Research Fellow am Institute of International Relations, Prag, arbeitet zurzeit an einer Dissertation zum Thema „Theorien und Modelle der europäischen Integration“. Publikationen u. a.: „An Ever Closer Finalité: Czech Future of Europe Discourse“, in: Slovak Foreign Policy Affairs, 1/2002, 32–47; „Regional Partnership: A Look from Within the Czech Borders“, in: Paul Luif (Hg.) (2002): Regional Partnership and the Future of the European Union, Wien, 41–50.
- Korrespondenzadresse: Institute of International Relations, Nerudova 3, 118 50 Praha 1, Czech Republic; Email: konigova@iir.cz bzw. luciekonigova@volny.cz.
- Paul LUIF, Studium der Rechtswissenschaften und der Soziologie an der Universität Wien, Politikwissenschaft am Institut für Höhere Studien, Wien. Universitätsassistent am Senatsinstitut für Politikwissenschaft der Universität Salzburg, 1974–1980; seit 1980 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Internationale Politik. Habilitation für „Politikwissenschaft“ an der Universität Salzburg im Mai 1997. „Senior Visiting Fellow“ am EU Institute for Security Studies, Paris, Februar/März 2003. Publikationen zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, EU-Erweiterung, Außenpolitik neutraler und bündnisfreier Staaten.
- Korrespondenzadresse: Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP), Operngasse 20B, A-1040 Wien; Email: PaulLuif@compuserve.com.